

trag, in der Kraft der Liebe Gottes immer aufs neue Brücken des Verstehens, des Vertrauens und der Hoffnung zu schlagen.“ Wie schwer dieser Auftrag einzulösen ist, zeigte in Løgumkloster der Blick auf die politischen und konfessionellen Spannungen in Nordirland, die den Teilnehmern von katholischer wie von protestantischer Seite vor Augen geführt wurden, ohne daß man zu gemeinsamen Vorstellungen über eine Konfliktlösung vorgedrungen wäre. In die Botschaft wurde nachträglich noch ein Passus aufgenommen, in dem die Vertreter von CCEE und KEK den Mut derjenigen irischen Kirchenmänner lobend hervorheben, „die angesichts der Gewalt Stellung beziehen und für Friede und Versöhnung arbeiten“.

Ansonsten bleibt die Schlußbotschaft, die mit einem Bekenntnis zum Wirken des Dreieinigen Gottes beginnt, weiterhin im Felde *allgemeiner Appelle* und enthält kaum Perspektiven für die spezifischen Aufgaben der europäischen Kirchen, sowohl was die Herausforderungen durch die konfessionelle Spaltung als auch durch die „Bedrohung von Leben und Frieden in der Welt“ oder durch die „Ausbreitung von Angst und Resignation“ anbelangt. Als Bewährungsfelder für „Taten der Gerechtigkeit, der Liebe und der Brüderlichkeit“ werden die Lage der konfessionellen und ethnischen Minderheiten genannt, die Situation der Jugend und die Bemühungen um eine Friedensordnung, „in der alle Menschen und Völker in Freiheit, Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung leben können“. Die Kirchen müßten

sich dafür einsetzen, daß neues Vertrauen aufgebaut werde.

Allerdings ist der Ertrag der Europäischen Ökumenischen Begegnung nicht allein an dieser Schlußbotschaft zu messen. Das Schwergewicht lag auf der *Erfahrung geistlicher Gemeinschaft* in Gebet, Gottesdienst und Meditation einerseits und auf den nach Aussagen von Teilnehmern sehr offen geführten *Gesprächen* in den einzelnen Arbeitsgruppen andererseits, die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zum Kennenlernen boten. Zumindest im Atmosphärischen war damit ein Fortschritt gegenüber der ersten Begegnung in Chantilly zu verzeichnen. Damit ist noch nicht geklärt, welchen *Stellenwert* der Zusammenarbeit zwischen CCEE und KEK künftig zukommen kann und ob sich daraus wirkliche *Impulse* für die Zusammenarbeit und das gemeinsame Zeugnis der Kirchen in Europa über Konfessions- und Ländergrenzen ergeben können. In Løgumkloster wurden zur Frage der künftigen Zusammenarbeit etliche Überlegungen angestellt und entsprechende Empfehlungen ausgearbeitet. Demnach tendierten die Teilnehmer in der Mehrzahl dazu, auch bei künftigen Begegnungen das Schwergewicht auf den spirituellen und praktischen Bereich zu legen. Als mögliche Themen für weitere Treffen wurden genannt: die Fragen von Interkommunion und Mischehe; das Verhältnis der Kirche zur Politik; die Beziehungen zwischen Minderheits- und Mehrheitskirchen in Europa; die Versöhnung zwischen den Kirchen in Ost und West. Die in Løgumkloster aufge-

stellte Liste möglicher gemeinsamer Projekte von KEK und CCEE reicht von der Empfehlung an die europäischen Kirchen, das Nizäno-konstantinopolitanische Glaubensbekenntnis in größerem Umfang zu verwenden und der Anregung, große Heilige Europas gemeinsam zu feiern, bis zu der Überlegung, ob man eine gemeinsame Erklärung zum Thema Frieden erarbeiten könne.

Schon aus einer solchen Aufzählung wird deutlich, daß es schwer sein dürfte, der Zusammenarbeit von KEK und CCEE ein *klares Profil* im Ganzen der ökumenischen Bemühungen zu geben. Das hat nicht zuletzt mit Struktur und Bedeutung der beiden Institutionen zu tun: Die Konferenz Europäischer Kirchen muß sich mit theologisch wie politisch bedingten Spannungen zwischen ihren in Status und Größe sehr heterogenen Mitgliedskirchen herumschlagen; der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen tritt zwischen der römischen Zentrale einerseits und den nationalen Bischofskonferenzen andererseits nur wenig hervor. Und Rom hat bisher auch darauf geachtet, daß er sich nicht allzu deutlich zu Wort meldet. Dennoch sollte man die Möglichkeit des spirituellen und persönlichen Austauschs zwischen europäischen Kirchenführern aller Konfessionen nicht gering schätzen und im Blick auf die trotz der unleugbaren Divergenzen gemeinsamen Probleme der europäischen Christenheit den durch die Zusammenarbeit von KEK und CCEE geschaffenen Rahmen auch in Zukunft nutzen.

U. R.

Entwicklungen

Geläuterter Konservatismus

Die Union nach 12 Jahren Opposition

Seit zwölf Jahren sind die Unionsparteien in der Bundesrepublik in der Opposition. Sie kamen dahin nicht – und das machte deren Position sich selbst und der Wählerschaft gegenüber lange Zeit zusätzlich kompliziert –

durch eine klare Wahniederlage, sondern weil damals die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten durch ein „historisches Bündnis“ zur Ablösung der CDU/CSU als Regierungspartei entschlossen waren. Praktisch war über

die neue Koalition bereits mit der Wahl *Gustav Heinemanns* zum Bundespräsidenten im Frühjahr 1969 entschieden worden. Das relativ hohe Wahlergebnis der Sozialdemokraten von 1969 war nur noch ein zusätzlicher Grund, das angezielte neue Bündnis auch tatsächlich einzugehen.

Allerdings war die damalige Ausgangslage insgesamt und für sich allein keine plausible Aufforderung zum Eingehen einer sozial-liberalen Koalition. Die Sozialdemokraten hatten zwar mit 42,7 Prozent der Zweitstimmen und einem Stimmenzuwachs von 3,4 Prozent gegenüber der vorausgegangenen Erhard-Wahl zum erstenmal die für sie magische Grenze von 40 Prozent überschritten. Aber die Unionsparteien verloren nach drei Jahren Große Koalition unter *Kurt Georg Kiesinger* nur knappe 1,5 Prozent und blieben mit 46,1 Prozent der Zweitstimmen immer noch deutlich die Partei der relativen Mehrheit. Im Vergleich dazu waren die Adenauer-Wahlen mit Ausnahme der mit der absoluten Mehrheit von 1957 keineswegs glänzend ausgegangen. Und die FDP hatte durch die Große Koalition und angesichts des Heraufkommens einer neuen „außerparlamentarischen Opposition“ von links und einer parlamentarischen von extrem rechts als kleine Oppositionspartei keineswegs profitiert. Die neue Koalitionspolitik kostete sie einen beträchtlich großen liberal-konservativen Wählerstamm. Mit 5,8 Prozent war sie nur knapp an der 5-Prozent-Klausel vorbeigekommen; zum Vergleich – die NPD erzielte damals ihr Spitzenergebnis von immerhin 4,3 Prozent.

Das Trauma der Vertreibung von der Macht

Rein *wahlarithmetisch* war also die damalige Bildung der sozial-liberalen Koalition gegen die CDU/CSU als weitestgehend größter Fraktion keineswegs empfohlen. Die neuen Koalitionspartner gingen damit und mit der von ihnen favorisierten und dann verwirklichten neuen Ostpolitik ein beträchtliches Risiko ein, das, wie sich bald zeigte – als mehrere FDP-Abgeordnete zur CDU/CSU wechselten und die Abstimmungsverhältnisse im Bundestag knapp wurden –, für die FDP besonders groß war. Konsolidieren konnte sich das neue Bündnis erst mit den sichtbar werdenden ostpolitischen Erfolgen und mit dem wider Erwarten – bis heute nicht aufgeklärten Scheitern des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Brandt.

Allerdings ging ein damals überall spürbar gewordener *politischer Klimawechsel* sehr viel tiefer, als er sich im Gesamtwahlergebnis unmittelbar niederschlug. Die Unionsparteien wirkten nach zwanzig Jahren Regierungsverantwortung weithin verbraucht. Das soziale und staatsbürgerliche Klima hatte sich grundlegend gewandelt, die neue Ostpolitik lag im Interesse west-östlicher Entspannungsbemühungen. Der Wunsch nach einschneidenderen sozial- und rechtspolitischen Reformen war allgemein. Das neue Bündnis zwischen der Partei der historischen

Arbeiterbewegung und dem sozial-liberalen Bürgertum hatte bei aller idealtypischen Vereinfachung, die solcher Kennzeichnung zugrunde liegt, doch so etwas wie geschichtlichen Rang. Grundstimmung der Nation war die Hoffnung auf eine neue Politik nach innen und außen. Die FDP unter der Führung von *Walter Scheel* hatte den richtigen politischen Instinkt, sich mit an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen – trotz der für sie prekären Situation.

Die Unionsparteien ihrerseits – jedenfalls galt das für die CDU – waren von innen her brüchig geworden, es fehlten die zündenden Leitideen und auch eine allseits akzeptierte Führung. Im Schatten Adenauers hatte sich kein unumstrittener Nachfolger entwickeln können, dem es gelungen wäre, den Kanzler-Wahlverein CDU in eine auch in ihrer Struktur und nicht nur in ihrer Wählerschaft moderne Volkspartei zu überführen. Im Gegenteil, ihr Bild als Volkspartei war auch vom Wahlergebnis her einerseits diffus, andererseits einseitig geworden. Die weibliche Wählerschaft der CDU – bis dahin immer die eindeutige Mehrheit – hatte bereits 1969 deutlich zu bröckeln begonnen. Die konfessionellen Bindungen lockerten sich im Zuge des nachkonziliaren Pluralismus im katholischen Bereich und der neuen Emanzipationsbewegung. Die städtischen Aufsteiger liefen der CDU davon. Die Jungwählerschaft wandte sich 1969 und verstärkt dann noch im Zeichen der Brandt-Wahl 1972 von der CDU ab. Die Unionsparteien schienen drauf und dran, die Partei des rechtskonservativen Bürgertums und der noch bäuerlich geprägten ländlichen Bevölkerung zu werden – die intellektuelle Elite des Landes stand ihr ohnehin schon lange fremd gegenüber (vgl. HK, Januar 1970, 35 ff).

Der *Wechsel* war also *politisch* durchaus natürlich und von der Entwicklung der Bundesrepublik her längst überfällig. Die Probleme der siebziger Jahre waren nicht mehr die der Aufbauzeit, die Gesellschaft hatte sich gewandelt, ein neues Freiheitsbedürfnis machte sich bereit, „mehr Demokratie wagen“ war damals nicht nur ein Brandtsches Propagandawort, es entsprach einer mehrheitsfähigen Stimmung. Die Unionsparteien hatten teils keinen Sinn und vor allem kein Konzept, diese Bewegung aufzufangen oder sie nach den eigenen politischen Wertvorstellungen zu gestalten.

Aber vom Wähler nicht abgewählt, von den politischen Konkurrenten aus der Macht verdrängt, an das für eine Demokratie selbstverständliche Wechselspiel von Regierungsübernahme und Oppositionsverantwortung nicht gewöhnt, unter der allgemeinen Unterschätzung der Oppositionsrolle seitens der durch „Kanzlerdemokratie“ geprägten bundesdeutschen Öffentlichkeit leidend, auf die SPD als den ideologischen Gegner – trotz des sozialdemokratischen Godesberg – fixiert, den neuen innenpolitischen Entwicklungen ziemlich verständnislos begegnend, durch die ostpolitische „Verzichtspolitik“, wie sie meinte, um die von ihr geschaffene außenpolitische Stabilität gebracht, tat die Union sich mehr als schwer, sich in der neuen Rolle zurechtzufinden. Entsprechend empfand sie

sich lange Zeit mehr als verhinderte Regierung, denn als Opposition mit langfristigen Perspektiven und verhielt sich danach.

Die Fata Morgana von der kurzfristigen Rückkehr an die Regierung

Dieses erste *Trauma*, quasi von Usurpatoren aus der Regierungsmacht verdrängt worden zu sein, wirkte so lange nach. Es trug auch dazu bei, daß die *Ostpolitik der Koalitionsparteien*, in der Sache bereits von den Unionsregierungen selbst eingeleitet, nicht nur in ihrer Methodik und in ihrem Tempo, sondern in ihren Grundlagen länger und ideenloser bekämpft wurde, als es von der Sache her erforderlich und für die Unionsparteien gut war. Es ist für diese Zeit und für die Haltung der Unionsparteien – mit der CSU als Meinungsführerin – charakteristisch, daß Oppositionspolitik selbst in der Außenpolitik mehr über das Bundesverfassungsgericht als über den Deutschen Bundestag gemacht wurde. Dabei hätte eine Unionsregierung, weil nicht unter gleich starkem innenpolitischem Erfolgszwang stehend, die Suche nach einem tragfähigen Kompromiß mit der Sowjetunion, mit Polen und der DDR vielleicht gelassener und weniger hektisch betreiben können. Aber eine grundlegend andere Politik wäre angesichts der Überfälligkeit neuer Kompromißlösungen und der im Westen damals allgemein herrschenden Konfliktmüdigkeit und Entspannungsbereitschaft auch ihr nicht möglich gewesen. Verharrend in einer *Mischung aus Verbitterung und mehr oder weniger prinzipieller Opposition*, konnte sie zwar mit fast bedenkenloser Zustimmung der ideologisch auf sie Festgelegten rechnen, behinderte sich dabei aber selbst, die stärker werdenden Bataillone von Wechselwählern in genügender Zahl und dauerhaft an sich zu binden.

Paradoxerweise erleichterten die periodischen Schwächeanfänge der sozialliberalen Koalition und das baldige Absinken der ursprünglichen Aufbruchseuphorie – schon bald nach der Brandt-Wahl 1972 – den *Prozeß der Selbstfindung* bei den Unionsparteien nicht, sondern erschwerten ihn zusätzlich, da man sich dadurch fast andauernd auf dem Sprung zur neuerlichen Machtübernahme wähnte: bis 1972 wegen der Überwechsler von der FDP, die angesichts der ohnehin knappen Abstimmungsverhältnisse das konstruktive Mißtrauensvotum möglich machten; zwischen 1972 und 1976 durch die großen *Erfolge bei den Landtagswahlen* dieser Periode und die infolge der Ölkrise und einer inflationsfördernden Reformpolitik der sozialliberalen Koalition einsetzenden wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten.

Als man dann bei der Kohl-Wahl 1976 die absolute Mehrheit der Sitze wiederum, wenn auch nur knapp verfehlte, wurde bei sehr vielen das Ohnmachtsgefühl maßgebend, es „gegen die beiden anderen“, ohne eine einschneidende Veränderung des Parteienspektrums doch nie zu schaffen. Andere rechneten die vorausgegangenen Landtags-

wahlergebnisse im Vergleich zu den Bundestagswahlergebnissen hoch und argumentierten, das nochmalige Ansteigen der Landtagswahlergebnisse bei gleichzeitiger relativer, wenn auch minderer Anhebung der Bundestagswahlergebnisse werde sich wiederholen (*Dieter Oberndörfer* in: HK, Januar 1977, 22). Dann würde es bei der nächsten Bundestagswahl bestimmt reichen, wenn die Regierung angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse nicht ohnehin schon während der Legislaturperiode zu Fall komme.

Erst durch die *Strauß-Wahl 1980* wurde dieser Bann gebrochen. Da die Niederlage, jedenfalls auf dem Papier sehr eindeutig war, hatte man nicht nur verbal weniger Mühe, sich „ohne Wenn und Aber“ auf vier Jahre Opposition einzustellen, sondern war jedenfalls in der Fraktions- und Parteiführung bereit, auch die politischen Zielsetzungen danach auszurichten und entsprechende Aktionsprogramme zu entwickeln. Allerdings hatte die Strauß-Wahl bzw. das, was dieser vorausgegangen war, nur vorübergehend noch einmal verdeckt, wie sehr die sozialliberale Koalition inzwischen sich verbraucht hat und wie schwer es ihr angesichts der verschärften innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Probleme geworden ist, eine Politik zu formulieren und zu betreiben, die von den sie tragenden Parteien voll gestützt würde. So macht das Wort von der vorzeitigen Regierungsübernahme durch die Unionsparteien von neuem die Runde – diesmal bis weit in die Koalitionsanhängerschaft hinein. Entsprechend klang denn auch die Grundsatzrede von *Helmut Kohl* auf dem Hamburger Parteitag Anfang November wieder weniger wie ein Strategiepapier einer mittelfristig auf Opposition eingestellten Partei, sondern als wenigstens in der Intention vorweggenommene Regierungserklärung.

Dennoch desavouierte Prognosen

Aber diese Situation ist nicht neu. Und sie wurde – das gehört zu einem ausgewogenen Gesamturteil über die Union – auch nie allein durch vage Hoffnungen, sondern zu einem guten Teil durch Wählerverhalten gestützt. Die Union hat zwar seit 1969, wenn man so will, alle Bundestagswahlen verloren, aber es gab keine tiefen und dauerhaften Einbrüche bei der Wählerschaft oder, soweit es sie gab, konnte sie die Gegenseite, jedenfalls die SPD trotz Kanzlerpartei, vielleicht mit der Ausnahme 1972, nicht nützen.

Die *Negativprognose* von 1969, die Unionsparteien, vor allem die CDU, würden ihren Einfluß auf die wahlentscheidenden Gruppierungen in der Arbeiterschaft und in der sich wandelnden bürgerlichen Mittelschicht verlieren, hat sich nicht bewahrheitet. Die CDU-Wählerschaft ist trotz des Auf und Ab seit den Wahlen von 1972 erstaunlich stabil. Es gab regionale Verluste und Verschiebungen: die weitgehende Erfolglosigkeit der CDU nicht nur bei Bundestagswahlen im Ruhrgebiet, sondern Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen zusammengenommen in ganz Nordrhein-Westfalen. Hier wurde sicher weiter

Terrain verloren, das selbst langfristig nicht wiederzugewinnen ist. Es gibt die *Nord-Süd-Verschiebung*, die auch durch die Wahl 1976 nicht durchbrochen und mit der Wahl 1980 noch einmal verschärft wurde. Die Union ist nicht nur durch die CSU, sondern als ganze immer noch stark katholisch-süddeutsch geprägt sowohl in der Wähler- wie in der Mitgliedschaft. Der Generationenkonflikt schlägt sich im Wahlergebnis bei keiner Partei deutlicher nieder als bei der CDU. Im Gegensatz zu anderen Parteien kam er in den C-Parteien selbst bisher nicht offen zum Ausdruck, dafür aber um so stärker in den Stimmverlusten bzw. in der prozentual nur verhältnismäßig geringen Zustimmung bei den Jungwählern.

Das führt jedenfalls in der Gesamtunion zu zwei scheinbar gegensätzlichen, aber gleich unproduktiven Haltungen. Man versucht, das Problem zu ignorieren: die CSU kann darauf verweisen, daß sie wenigstens auch unter der Jungwählerschaft die Mehrheit hat, oder man neigt zu Überbewertungen vieler scheinbar oder wirklich jugendspezifischer Vorgänge.

Trotz solcher *struktureller Defizite* stehen die Unionsparteien als Wählerschaft auch nach 12 Jahren Opposition und bisher vergeblichem Warten auf die Rückkehr in die Regierung erstaunlich gut da. Welche Partei in einem westeuropäischen Land, ob nach rechts oder links tendierend, ob liberal, sozialistisch oder konservativ, kann sich schon auf einen Wählerstamm von über vierzig Prozent stützen – gemessen an Wahlergebnissen und nicht an demoskopischen Messungen –, der auch dann noch im wesentlichen hält, wenn der Haupttrend gegen die Union läuft und deren Führungspersonal von den eigenen Wählern nur toleriert, aber nicht eigentlich akzeptiert wird! Es ist auch nicht so, daß diese Wählerstabilität der CDU in zwölf Jahren Opposition, wenn man Bund, Länder und Gemeinden zusammen nimmt, nichts gebracht hätte. Daß die CDU in Niedersachsen einmal mit der absoluten Mehrheit der Sitze regieren könnte, wurde trotz der seit längerer Zeit knapp gewordenen Mehrheitsverhältnisse lange nicht für möglich gehalten. In Berlin regiert seit einem guten halben Jahr ein CDU-Minderheitssenat. Er sitzt inzwischen bereits sehr viel fester im Sattel, als bei seinem Zustandekommen angenommen wurde. Selbst in Hamburg, als dem Stadtstaat, der neben Bremen und Berlin von seiner Wählerstruktur her am wenigsten dem Profil der Unionspartei entspricht, ist eine relative Mehrheit der CDU immerhin denkbar geworden. Dieser *Zugewinn im Norden auf Länderebene* glich auch das Nord-Süd-Gefälle, wie es bei Bundestagswahlen mit katholisch-süddeutsch eingefärbten Spitzenkandidaten seit Kiesinger üblich ist, zu einem guten Teil aus.

Nicht weniger deutlich ist der Zugewinn an Stimmen wie an politischem Einfluß auf *kommunaler Ebene* einschließlich der Großstädte; von den Erfolgen in Stuttgart, München und Frankfurt bis zu den Ergebnissen der jüngst stattgefundenen Kommunalwahlen in Niedersachsen. Der Vorwurf, die CDU entwickle sich zu einer katholischen Landpartei, ist gründlich widerlegt. Die Entwick-

lung ihrer Mitgliedschaft und ihre Wählerstruktur zeigt trotz eines katholischen Übergewichts, daß beide Unionsparteien auch für eine weitgehend säkularisierte Wählerschaft akzeptabel bleibt oder geworden ist. Wenn die CDU unter Adenauer *als Partei* nur bedingt Volkspartei war, so ist sie heute sicher zur klassischen Volkspartei mit breiter Verankerung im mittleren Bürgertum und mit Zugewinnen auch in der Arbeiterschaft geworden.

Was aus den Erfolgen gemacht wurde

Aber was konnten die Unionsparteien bisher aus dieser im Grunde erstaunlich konsolidierten Grundposition in Wählerschaft und Politik machen? Was haben sie bisher daraus gemacht?

Der CDU-Vorsitzende *Helmut Kohl* hat auf dem Hamburger Parteitag u. a. auf diese relativen Erfolge während der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre verweisend, gesagt, man habe allen Grund 1981 „offen und sehr gelassen in die Welt zu blicken“. In der Sozialdemokratie würde in dieser Lage sicher „niemand mit schmerzgeprägtem Gesicht herumschleichen und fragen, ob vielleicht versäumt worden sei, diese oder jene Wählergruppe anzusprechen“. Damit hatte Kohl sehr wohl recht, aber wenn er im Blick auf die Koalitionsparteien von einem „beispiellosen Schauspiel politischer Selbstdemontage“ in den letzten Monaten sprach, hätte er das mit noch viel mehr Grund und bezogen auf wesentlich längere Zeiten auch von den Unionsparteien sagen können. Keine der drei *Kanzlerkandidaturen*, die nach 1969 zu bewerkstelligen waren, kam ohne selbstschädigende Friktionen zwischen CDU und CSU zustande und das lag in keinem Fall allein an Unzulänglichkeiten der Kandidaten, sondern an der *weitgehenden Ersetzung von Sach- durch Personalpolitik* – jedenfalls an den jeweils entscheidenden Wendepunkten. Darin konnten sich dann die jeweiligen Richtungs- und Strategiegegensätze reichlich austoben, auf Kosten nicht nur des Erscheinungsbildes, sondern der politischen Durchsetzungskraft der Union. Politik wurde so auf weiten Strecken in Rivalitäten betrieben. Kanzlerkandidaturen wurden mit Tricks durchgesetzt oder verhindert, Unfähigkeit öffentlich zu Protokoll gegeben und natürlich auch, wer der jeweils eigentlich geeignete Kandidat sei. Der Wahlausgang von 1976 wurde in der Union selbst schlichtweg als Niederlage behandelt. Während nach der Kohl-Wahl 1976 die Regierung Schmidt gleich zu Beginn u. a. wegen des vor der Wahl noch mühsam verschleierte Rentendebakels in beträchtliche Schwierigkeiten geriet, kam, anstatt daß der im Wahlergebnis ausgedrückte Kräftezuwachs politisch genutzt worden wäre, der Selbstzerfleischungsprozeß vom Wildbad Kreuth. Trotz schließlich wiedervereinter Fraktion blieb das Rätselraten um die Möglichkeit einer vierten Partei und der öffentliche Diskurs darüber, wer denn wohl wo auf welche Weise „einmarschieren“ werde, Dauerthema.

Die Union hat sich die Aufarbeitung dieser im Kern *mehr archetypischen als rationalen Politik* eine saftige Wahlnie-

derlage kosten lassen. Doch sieht es seither so aus, als ob auch diese zweite traumatische Variante der Unionspolitik wenigstens vorläufig zu einem Ende gekommen sei. Es ist eine der größten Leistungen der Union der letzten 12 Jahre, daß sie das Ergebnis der Strauß-Wahl anders als das viel komfortablere der das Trauma, zu Unrecht von der Regierung ferngehalten worden zu sein, noch einmal verstärkenden Kohl-Wahl ohne Friktionen, ohne neue Personaldebatten und bei erstaunlicher Geschlossenheit überstanden hat.

Allerdings macht ihr bis heute zusätzlich ein Umstand zu schaffen, der weniger mit ihr als mit der Physiognomie des politischen Gegners zu tun hat: die so nur in der Bundesrepublik anzutreffende Asymmetrie, daß seit der Ablösung von Brandt ein Kanzler die Koalition führt, der mit einer „progressiv“ gestimmten Mehrheit sehr vorsichtig eine Politik von der Mitte her betreibt und damit seiner Koalition in der Bevölkerung eine breitere Basis geschaffen hat, als deren Wähleranteil für sich allein jeweils ausdrückt. Das erleichtert der christlich-demokratischen Opposition das Geschäft in keiner Weise, zumal sie durch die Verschränkung der Minderheit im Bundestag mit der Unionsmehrheit im Bundesrat ohnehin auf den Kompromiß verwiesen und praktisch gezwungen ist, viele gesellschafts- und finanzpolitische Entscheidungen mitzutragen. Positiv für die Opposition kann sich das erst in dem Moment auswirken, wo die Regierung von der eigenen Mehrheit nicht mehr zuverlässig gestützt wird. Dieser Phase scheint sich die Union gegenwärtig zu nähern.

Programmatische „Vitaminstöße auf Zeit“

Aber so schlecht war die Union als Opposition auch wieder nicht, daß sie nur zu einer sonderbar dialektischen Verarbeitung unionsinterner Schwierigkeiten in der Lage war und im übrigen ohnmächtig auf den starre, der ihr wenigstens teil- und phasenweise ihre eigene Politik „stiehlt“. Auch ist es sicher falsch, der Union einen rein an den Tagesfragen ausgerichteten Pragmatismus vorzuwerfen, der unsensibel für die tieferen Zeitströmungen bleibt. Die Unionsparteien haben trotz ihres nach innen und außen fast konstanten Negativbildes in der gleichen Zeit ein beträchtliches Maß an Grundsatz- und Programmarbeit geleistet. Beide Parteien haben in dieser Zeit ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet und verabschiedet: die CSU 1976, die CDU 1978. Dabei fiel naturgemäß die Programmarbeit der CDU um einiges reifer aus als die der CSU. Da diese nach wie vor Politik nicht nur teilweise, sondern ganz überwiegend durch Personen gestaltet, ist bei ihr die Programmarbeit weniger gefragt und zugleich weniger schwierig. Man formuliert und vergißt als Regionalpartei mit starker Übereinstimmung im Gefühlsmäßigen unbefangener. Die CDU als Bundespartei mit geringerer innerer Kohäsion und mit einer sehr vielfarbigem Mitglied- und Wählerschaft muß notgedrungen differenzierter argumentieren. Das wird jedem politisch Lese-

kundigen ohne weiteres klar, wenn er die beiden Programme vor allem in ihren gesellschaftspolitischen Passagen vergleicht. Hierin liegt auch nach wie vor ein beträchtliches Spannungselement zwischen den beiden Parteien und auch innerhalb der CDU.

Dementsprechend kann man anders als bei der CSU bei der CDU auch nicht allein das in Ludwigshafen 1978 verabschiedete Grundsatzprogramm heranziehen. Trotz der durchaus einprägsamen Formulierung einer wertbezogenen, auf ethischen Grundsätzen des Christentums basierenden Politik ist das Grundsatzprogramm der CDU in einer – wesentlich hinter dem Elan des Godesberger Programms der SPD zurückbleibenden – verhaltenen, kompromißhaften Sprache abgefaßt und vor allem im außenpolitischen Teil – Kurt Biedenkopf hatte dies bei der Verabschiedung besonders pointiert kritisiert – von fast rachitischer Dürftigkeit. Man muß also schon die *gesamte Programmarbeit* während der letzten zehn Jahre im Blick behalten: die Überarbeitung des Berliner Programms auf dem Parteitag in Düsseldorf 1971, die Beschlüsse des Hamburger Parteitags von 1973, die Mannheimer Erklärung von 1975 – für den Chronisten immer noch eines der profiliertesten parteipolitischen Dokumente, was die Schärfe der Analyse gesellschaftspolitischer Zustände und der darauf bezogenen politischen Strategien betrifft – und jetzt den (verabschiedeten) Leitantrag zum Hamburger Parteitag 1981, hier der Einfachheit halber Hamburger Beschluß genannt.

Dazwischen lag eine Reihe von *politischen Fachkongressen* der CDU, die wie der 1978 über den Terrorismus auch von den anderen Parteien beachtet und im Prinzip positiv bewertet worden sind. Auf diese Weise ist die CDU nicht nur zu einer echten Volkspartei mit berechenbarem Programm geworden, sondern auch zu einer Partei mit im ganzen stärker ausgeprägter Diskussionsbereitschaft. Immer wieder wurden Versuche gemacht, die eigene Anhängerschaft über Parteitage und Kongresse in Diskussionen über grundlegende Fragen der Innen-, Rechts-, Außen- und Sicherheitspolitik zu verwickeln und auf diese Weise Sensibilität für die Veränderung gesellschaftlicher und außenpolitischer Rahmenbedingungen zu schaffen. In dem Sinne war auch der Hamburger Parteitag mit seinem aus einer Mischung aus Hearing und Diskussion gestalteten „Jugendtag“ kein völliges Novum mehr. 1979 schon hatte es in Düsseldorf einen deutschlandpolitischen Parteitag mit Referenten von außerhalb der CDU gegeben. Damals hörte man „auswärtigen“ Referenten, diesmal den Statements von Jugendlichen von innerhalb und außerhalb der Partei zu. Große Impulse sind von jenem freilich nicht ausgegangen. Und wie in Düsseldorf 1978 blieb es auch jetzt in Hamburg mehr beim *Versuch, die eigenen Delegierten fremden politischen Argumenten auszusetzen*, als daß es dabei, und sei es auch nur in Ansätzen, bereits zu einer politischen Problemaufarbeitung oder gar -bewältigung gekommen wäre. Zudem blieben die meisten dieser Versuche, wie es jüngst mit Bezugnahme auf Hamburg in der „Welt“ (10. 11. 81) hieß, bloß „Vitaminstöße auf Zeit“.

Von den Hamburger Beschlüssen zur Reform des Unternehmensrechts – zur Ausarbeitung eines Vorschlags für dessen Neugestaltung wurde eine Kommission beschlossenen – und zur Vermögenspolitik wurde kaum etwas in parlamentarische Initiativen umgesetzt; die Anstöße versandeten also zwischen Partei und Parlament oder in der Partei selbst. Von der Mannheimer Erklärung, die in ihrem Kernteil, in dem, was sie gesellschaftspolitisch zum Verhältnis von Organisierten und Nichtorganisierten sagt, gerade in Rezessions- und Sparzeiten mit verschärften Verteilungskämpfen besonders aktuell wäre, hat man 1981 in Hamburg so gut wie nichts mehr gehört. Die Forderung nach der Partnerrente führt ein eher ungeliebtes Dasein, während man an der länger wohl nicht mehr haltbaren bisherigen Gestaltung der bruttolohnbezogenen Rente von kleinen Abstrichen abgesehen (Krankenversicherungsbeitrag) nach wie vor festhält.

Nimmt man allerdings den Hamburger Beschluß und die ihn begleitenden wegweisenden Reden als Ganzes, dann gewinnt man doch den Eindruck, daß sich in der Union inzwischen so etwas wie eine Kontinuität der Veränderung entwickelt und diese zugleich zu einer neuen Gemengelage verdichtet hat.

Das kann man weniger an Aussagen zu Einzelthemen ablesen, als dem im großen und ganzen einigermaßen gelungenen Versuch, ein *politisches Gesamtkonzept* zu entwickeln, das aus eigener Überlegung eine in sich schlüssige Antwort gibt auf die grundsätzlichen politischen Herausforderungen der unmittelbaren Gegenwart (Bürger und Staat, Marktwirtschaft, Ökologie, Dritte Welt) und darin nicht nur alte Positionen bestätigt, sondern Entwicklungen der letzten Jahre (Ökologie, Jugendprotest, Erziehung und Bildung) aufnimmt und handlungsbezogen beschreibt, wie man darauf reagieren will, z. B. auf die Ängste und Argumente in der Friedensbewegung, auf die verschiedenen Überforderungen des sozialstaatlichen Netzes oder auf erzieherische Notstände bei der Jugend. Dabei ist das ganze betont *realpolitisch* formuliert. („Realpolitik“, zu der man sich selber zwingen müsse, war ein Lieblingssatz von Kohl auf dem Parteitag in Hamburg.)

Charakteristisch dafür war die enge Verknüpfung vorpolitischer Zustände und Strukturen, die *von der Gesellschaft* „gesetzt“ werden und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen als realpolitisch machbaren und dem Gemeinwohl verpflichtenden Ausgleich von Interessen, die jeweils *der Staat* zu realisieren hat. Dies ist sicher kein rein methodisches Vorhaben. Es sollte damit strategisch gezeigt werden, wo man politisch ansetzen will: bei der vom einzelnen zu verantwortenden Freiheit und den Freiheit stützenden und Verantwortung mittragenden und zugleich einbindenden, Geborgenheit vermittelnden menschlichen Primärgruppen: auch als Ort der Wiederbelebung menschlicher, sozialer und bürgerlicher Tugenden wie Hilfsbereitschaft, Selbständigkeit und Toleranz. Das *Subsidiaritätsprinzip* wurde wohl auf keinem Parteitag so oft genannt wie von der CDU in Hamburg, und zwar durchwegs nicht als bloßes Stilmittel der Bürokratiekritik

– das auch –, sondern als ordnungspolitisches Regulativ für ein gemeinwohlbezogenes Gleichgewicht von Bürgeraktivität und staatlich-gesellschaftlicher Dienstleistung. Zu einem solchen Gesamtkonzept gehört auch eine konzeptionell enge Verschränkung von Innen- und Außenpolitik mit deutlicher, für die Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Friedensbewegung sicher elementaren *Ableitung der sicherheitspolitischen Zielvorstellungen aus den Basiswerten westlicher Demokratien*. „Unsere Bündnis- und Verteidigungspolitik soll andere davon abschrecken, im Krieg oder in erpresserischer Drohung noch ein Mittel der Politik zu sehen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik soll den Ausbruch jeden Krieges oder die Androhung von Gewalt und damit den Verlust von Frieden und Freiheit verhindern. Das Ziel, die Würde und die Rechte des Menschen zu schützen, die Existenz unseres Volkes in Frieden und Freiheit zu sichern und nach besten Kräften zur Beseitigung von Ungerechtigkeit und Elend in der Welt beizutragen, gibt unserer Außenpolitik die *ethische Grundlage*“ (Hamburger Beschluß Nr. 2, Abs. 4). Dem entspricht deutschlandpolitisch der von Kohl unter Zitierung von Adenauer gegen jede Form eines militanten oder neutralistischen Nationalismus besonders nachdrücklich formulierte Grundsatz, „daß die Freiheit den Vorrang vor Einheit hat“.

Ihre politischen Gegner werden es künftig um einiges schwerer haben, die Unionsparteien als Parteien der Rüstung oder der verminderten Friedensfähigkeit darzustellen. Die CDU hat durchaus verstanden, wie gefährlich für sie im Zusammenhang mit dem Nato-Doppelbeschluß das Schlagwort von der „Raketenpartei“ werden könnte. Sie hat in Hamburg entschieden vom technischen Vergleich der Rüstungspotentiale auf die verteidigungspolitische Wertebasis umgeschaltet und die entsprechenden Parolen geprägt („Partei des Friedens“, „Partei der Freiheit“, „Partei der Menschenrechte“).

Gesellschafts- und außenpolitisch sich freigeschwommen?

So macht sich jetzt, da die Union sich rüstet, morgen oder übermorgen die Regierung zu übernehmen, alles spricht ja von der „erlöschenden Lebenskraft“ der Koalition (Neue Zürcher Zeitung, 25. 10. 81), doch vorzeigbar einiges von dem bemerkbar, was in vielen Einzelbemühungen zunächst ohne erkennbare klare Linie erarbeitet wurde: man hat sich gesellschafts- und außenpolitisch freigeschwommen und damit mehr Sicherheit gewonnen. Das fällt der Union gegenwärtig auch leichter, weil sie sich *außenpolitisch jedenfalls gegenüber Amerika nicht mehr isoliert* weiß. Um so mehr kann sie auch maßigend auf die dortige Administration einwirken.

Die Koalition und die Ideale, unter denen diese angetreten war, kommen nicht nur unter ökonomischen, sondern auch ideellen Gesichtspunkten sichtbar an ihre Grenzen. Gegen ein entgrenztes Freiheits- und Gleichheitspathos beginnen wieder elementare Bedürfnisse der Eigenstän-

digkeit, aber auch des Miteinander und der Nächstenliebe sich anzumelden und durchzusetzen (das Wort Nächstenliebe steht als Verdeutlichung von Solidarität mehrfach im Hamburger Beschluß). Andererseits kann in einer Zeit akuter Sparzwänge, wenn sie nach dem Konzept verfährt, sozialstaatliche Leistungen auf die wirklichen Notfälle und Hilfsbedürftigen zu beschränken, auch eine nichtsozialistische Partei nicht so einfach der sozialen Demontage bezichtigt werden.

Das stärkt in der Union das Bewußtsein, mit dem *Zeitgeist*, jedenfalls soweit er „konvertiert“ hat oder am Konvertieren ist, im Einklang zu sein. Man braucht seine Energie nicht an Aussteiger und Moden zu verschwenden. Helmut Kohl ging in Hamburg Junge und Ältere gleich hart an, als er nicht nur für mehr Verantwortungsbewußtsein für das Ganze – gesellschafts- wie außenpolitisch – gegenüber einer bloßen Gesinnungsethik der Idealisierung oder Verweigerung warb. Er kritisierte mit Schärfe diejenigen, die seiner Meinung nach „Ablehnung und Verweigerung zum Lebensprinzip machen“. Eine solche Haltung sei Ausdruck von Bequemlichkeit, von Resignation und von Angst. Gerade solche junge Menschen würden eine betuliche Verständigungsbereitschaft eher als Bestätigung ihrer Ängste aufnehmen als ein Gespräch, das sie herausfordert.

So entstand in Hamburg durchaus der Eindruck, die Partei sei wenigstens, was das *psychologische Klima* anbetrifft, auf der Höhe, wenn schon nicht des Zeitbewußtseins, so doch seiner verdeckten Probleme. Auch daß sowohl im Grundsatzprogramm wie im Hamburger Beschluß klar das Bemühen zum Ausdruck kommt, Politik nicht allein staatsbezogen zu sehen, sondern von den gesellschaftlichen Unterströmungen her zu begreifen und zu begleiten und das Begriffene in die politische Gestaltungsarbeit einzubeziehen, ist für die Union ein Fortschritt. Er zeigt, daß sie von der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte etwas gelernt hat und nicht einfach mehr dort ansetzt, wo sie die Regierung verlassen mußte. Sie scheint – die entschieden formulierte *Wertbezogenheit ihrer Aussagen* lassen das vermuten – auch begriffen zu haben, daß Politik als Gestaltung bloß materieller Verhältnisse zu einem solidaritätsverletzenden Anspruchsdenken führt, an dessen Entwicklung nicht nur die politische Führung nach 1969, sondern auch die Union als politische Gestalterin der fünfziger und sechziger Jahre ganz und gar nicht schuldlos war. Insofern lesen sich manche Passagen des Hamburger Beschlusses durchaus auch als ein Stück Selbstkorrektur.

Geißler und die geistige Führung

Heiner Geißler hat in Hamburg in seiner Einführung zum Leitantrag fünf Grundsätze formuliert, an denen sich die *Imperative geistiger Führung* ablesen ließen. „Erstens: Ein Volk muß wissen, welches die gemeinsamen Werte sind, auf denen das Zusammenleben beruht. – Zweitens: Ein Volk muß wissen, welche Werte es verteidigt, wer seine

Werte bedroht und wer seine Freunde sind, die ihm im Notfall helfen. – Drittens: Ein Volk muß wissen, wo es wirtschaftlich steht und wann es über seine Verhältnisse lebt. – Viertens: Ein Volk muß wissen, was seine solidarischen Pflichten gegenüber dem Nächsten und gegenüber anderen Völkern sind. – Fünftens: Ein Volk muß wissen, was zu tun ist, damit seine Jugend eine lebenswerte Zukunft hat.“

Damit hat Geißler formuliert, was heute von jeder Regierung und politischen Partei, die sich selbst ernst nimmt, verlangt wird. Man braucht sich nicht darüber zu streiten, ob das mit geistiger oder „nur“ politischer Führung zu tun hat. Auf jeden Fall sind es politische Aufgaben geistigen Gehalts. Aber zu der damit gemeinten Art von Führung gehört sicher auch noch anderes, z. B. die *genaue Kenntnis und das Ernstnehmen gesellschaftlicher Prozesse*, gleichgültig, ob es sich dabei um Bewußtseinsveränderungen, um strukturelle Wandlungen oder um Umbrüche im Lebensgefühl und in den Werthaltungen handelt und zwar durch die gesamte Partei und Fraktion und nicht nur durch Teile ihrer Führung.

Hier liegt nach wie vor eine Schwäche der Union. Sie definiert klar ihr *Welt- und Menschenbild*. Sie tut das mit entschiedenem Rückbezug auf den christlichen Glauben. Sie nennt präzise die anthropologischen Eckdaten. Sie tut das aus eigenständiger Position, ohne das Bedürfnis, sich jeweils noch kirchlich bestätigen zu lassen. Sie legt dabei kein Idealbild des Menschen zugrunde, sondern weiß gerade als politische Bewegung um dessen Fehlbarkeit. Dieser Realismus ist ein nicht zu unterschätzender Reflexionsvorteil von Konservativen. Der Fortschrittsgläubige, zumal der Utopist, braucht die Unschuld. Sonst stürzt sein Weltbild zusammen. Aber Konservative huldigen gerne einem statischen Geschichtsbild. Nicht untypisch dafür war Kohls Zitat von Jakob Burckhardt in Hamburg: Politik müsse sich orientieren am „leidenden, strebenden und handelnden Menschen, wie er ist und immer und immer sein wird“.

Doch der Mensch schafft Rahmenbedingungen, die seine Kultur verändern, und er verändert sich in ihr. Damit erhält das *geschichtlich Prozeßhafte als Voraussetzung und Gestaltungsmaterial politischen Handelns* grundlegende Bedeutung. Diese vergrößert sich mit der wachsenden Vernetzung und Verdichtung aller gesellschaftlichen Systeme und der von ihnen ausgehenden Lebensbedingungen. Das heißt, um „geistig“ führen und politisch entscheiden zu können, müssen Wandlungen in ihren Strukturen und in ihrer Genese wahrgenommen werden.

Die Probe aufs Exempel ist hier die *Familienpolitik*. Die Familie hat gegenwärtig in der Union zu Recht gesellschaftspolitisch Vorrang. Nur ist die Familie, wie andere Gesellungsformen auch, gesellschaftlichem Wandel unterworfen. Sie ist zu verschiedenen Zeiten verschieden funktionsstark. Man kann sie unterfordern, indem man sie zum allseitigen Subventionsobjekt von Gesellschaft und Staat macht. Man kann sie überfordern, indem man ihre Erziehungsmacht so ansetzt, als ob sie durch keine der vielen Orientierungskonkurrenzen einer spätindu-

striellen Gesellschaft begrenzt würde (vgl. ds. Heft, S. 24). Erst hier wird das *Subsidiaritätsprinzip als Regulatorisch gestaltender Politik*, die von der Eigenverantwortung des einzelnen und der ihn stützenden Gemeinschaft ausgeht, brisant. Nicht die Familie abstrakt („wie sie immer war“) kann Bemessungsgrundlage gesellschaftspolitischer Entscheidungen sein, sondern das, was sie nach Kenntnis aller bedingenden Faktoren tatsächlich leisten kann. Man wird sehen, ob die Familienpolitik der Union dem gewachsen ist.

Ein anderes Beispiel von grundlegender Bedeutung: *die Technikfeindlichkeit in einer von Technik beherrschten Lebenswelt*; gegenwärtig zweifellos ein ganz zentrales Problem der politischen und geistigen Führung. Man kann eine rationale Bewältigung dieses Problems von Konservativen eher erwarten als von politischen Gegenrichtungen, weil Konservative die Technik im allgemeinen weniger verherrlichen, deswegen haben sie auch weniger Angst vor ihr. Aber gerade in der Union scheint noch so etwas wie eine vorrationale Sicht der Technik bestimmend zu sein. Die Folge: man argumentiert „problemlos“ wirtschaftlich. Was wirtschaftlich „notwendig“ ist, muß technisch gemacht werden, oder man kommt durch Technik Verunsicherten und Kernkraftgegnern verbal mit „sanften“ Themen oder mit unbestimmter Rede vom „Überleben“ oder von „lebenswerter Zukunft“ entgegen. Beides ist in der praktischen Politik un- wenn nicht gegenproduktiv. Dadurch wird niemand überzeugt, aber viele werden in ihren Vorurteilen bestätigt. Die CDU-Vision von der „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ wirkt trotz der „realpolitischen“ Leitideen menschlichen Zusammenlebens gerade deswegen zeitfremd, weil die *technischen Voraussetzungen dieses Zusammenlebens* nicht oder nicht zureichend erörtert werden.

Aber es geht nicht allein um Technik, man kann oder muß vielmehr diesen Punkt erweitern. Technikfeindlichkeit ist nur ein Teilproblem einer in ihrem Bewußtsein seit den frühen sechziger Jahren tief veränderten Gesellschaft. Kohl sprach in Hamburg sehr nachdenklich von den 60 Prozent Bundesbürgern, die die Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht mehr haben, deswegen sei es schwieriger, ihnen die grundlegenden westlichen Werte als tragende Pfeiler der Innen- und Außenpolitik zu vermitteln. Eine Demokratie wird indessen erst dann standfest, wenn sie dem Bürger nicht mehr durch ihr Gegenteil bewiesen werden muß. Das erfordert von einer politischen Partei mit Führungsanspruch *nicht nur Sicherheit über die politischen Ziele, sondern Einsicht in die grundlegenden Denkmuster und Gefühlszustände*. Denn nur durch deren rationale Aufarbeitung kann sie genügend Autorität gewinnen, ohne die Nation zu spalten. Diesbezüglich hatte man in Hamburg den Eindruck, die Union flüchte sich doch lieber in Appelle, als daß sie sich mit Nichtkonformen, Geängstigten, Alternativen argumentativ auseinandersetzt. In diesem Punkt ist die SPD, auch wenn sie daran fast zugrunde geht, immer noch um einiges besser. Dabei müßte es die Union mit den „Ökologen“ z. B. nicht einmal so schwer haben. Die gegenwärtigen

Protestbewegungen sind in ihren Motiven und Zielsetzungen, trotz des linken Habitus, ja durchwegs konservativ gestimmt. Konservative können, wenn sie sich dieses Umstands bewußt sind, am ehesten deren Anstöße aufnehmen und ihnen extreme Fixierungen ausreden, wenn sie ihre Verfechter nicht von vornherein als unbedarfte Irrationalisten abtun, sondern politisch auf den Kern bringen, was diese problematisieren.

Das dürfte für die Strömungen und Gruppierungen, die in der gegenwärtigen *Friedensbewegung* sich zusammenfinden, besonders gelten. Es wäre für die Union sicher fatal, wenn sie diese in gewohnter Vereinfachung nach dem üblichen Links-Rechts-Schema einstufen und entsprechend angehen würde. Menschen, die unter dem Druck des schwankenden atomaren Gleichgewichts Kriegsangst haben und zu einseitiger Abrüstung bereit sind, gibt es auch unter CDU-Wählern, auch solche, denen ein neutrales Deutschland oder ein neutrales Europa lieber wäre als die Einbindung in das westliche Bündnissystem. Aber davon abgesehen ist gerade im Falle der Friedensbewegung nicht nur der klare eigene Standpunkt, sondern das politische Einfühlungsvermögen in den Andersdenkenden auch staatspolitisch gefordert. Denn eine extreme Polarisierung würde auf die Dauer auch die überzeugendsten Zielsetzungen gefährden.

Es bleibt also die Frage: Ist die Union zu dem, was Geißler als Maxime geistiger Führung aufstellt, in ihrer gegenwärtigen Verfassung fähig? Eine Antwort ist hier naturgemäß schwierig. Ihr Bild ist nach wie vor gebrochen. Es schwankt zwischen denjenigen, die meinen, die Menschen in ihren Forderungen, Ängsten und Widersprüchen erst einmal bestätigen zu müssen, um die tatsächlichen Probleme unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens politisch gestalten zu können, und solchen, für die sich trotz aller Grundsatz- und Aktionsprogramme politisches Handeln – nicht bewußt, aber de facto im Aufrechnen von Raketen, Steuersätzen und Schulfächern zu erschöpfen scheint. (Bezeichnend dafür war z. B. die Unfähigkeit selbst von Kultusministern im Falle etwa der Streichung des 13. Schuljahres im Gymnasialbereich zwischen Kurz- und Langzeitzielen zu unterscheiden und kürzere Schulzeiten auch zur Konzentrierung von Stoffen zu nutzen.) Erstere kommen nicht ohne wenigstens verbale Willfährigkeit aus, wo allein die vorbehaltlose Auseinandersetzung zum Ziele führen kann. Auch bei Geißler waren solche Anklänge hörbar. Letztere bestätigen den alten Vorwurf, die Union sei außenpolitisch konzeptionslos und ordnungspolitisch nicht denkfähig. Ob sich die Linien der Besinnung, die sich in der programmatischen Arbeit der CDU vorbereitet und im Blick auf eine mögliche Regierungsübernahme im Hamburger Beschluß verdichtet haben, zwischen diesen beiden wird durchsetzen können, bleibt eine offene Frage. Papierform ist immer einfacher als Durchhalten von Grundsätzen in praktischer Politik. Aber etwas von dem Willen zu einem geläuterten Konservatismus, der das Nachdenken nicht scheut und Antworten nicht vorenthält, beginnt bei der Union, jedenfalls bei der CDU, allmählich sichtbar zu werden. *D. A. Seeber*